

HANNOVERSCHES VOLKSBLATT



Zeitung der **Deutschen Kommunistischen Partei Hannover**

www.dkp-hannover | www.facebook.com/DKPHannover

September 2023

RotGrüne Verkehrspolitik in Hannover

Bevormunden Schikanieren Abkassieren

Viele Straßen in der Innenstadt sind für Autos gesperrt, der Cityring wird bewusst verschmälert und damit zur Dauerstau-Strecke umgebaut. In der Innenstadt soll Parken fast nur noch in Parkhäusern möglich sein. In vielen Stadtteilen soll es keine kostenlosen Parkplätze mehr geben. Als besonders Highlight sind „Anwohnerparkzonen“ vorgesehen: In den innenstadtnahen Stadtteilen wie Südstadt, List, Oststadt, Zoo, Nordstadt, Vahrenwald, Linden und Calenberger Neustadt sollen Anwohner künftig dafür bezahlen, ihre Fahrzeuge an den Straßenrand abstellen zu dürfen. Natürlich alles „wg. Öko“: Luftreinhaltung.

So sehen die Planungen von RotGrün in Stadt und Region Hannover aus. Das geplante Horrorszenario bekommt einen wohlklingenden Namen: „Verkehrswende“. Die Rotgrünen SchlaubergerInnen meinen, sie könnten diese unverfrorene Abzocke als Wohltat „für das Klima“ verkaufen und keiner merkt etwas.

Die Methode, mit der hier vorgegangen wird, um diese Pläne durchzudrücken, ist leicht durchschaubar. Es kommt darauf an, die eigene „Kundschaft“ bei Laune zu halten und ihr die Botschaft zu vermitteln; „Ihr seid die Guten!“. Wer nicht dazugehört, darf beliebig schikaniert und abkassiert werden. Wichtig dabei ist, ständig eine neue Sau durchs Dorf zu treiben und die Inszenierung variantenreich zu wiederholen.

Zum Beispiel: Im September soll es eine „Autoarme Woche“ in zwei Straßen in der Nordstadt geben. Im Klartext: Park- und Fahrverbote für Autos. Die ganze Sache wurde offenbar von der „Stabsstelle Mobilität“ ausgeheckt, die direkt zum Büro von Oberbürgermeister Belit Onay (Grüne) gehört. Als Bespaßung sind eine „Wander-Baumallee“, Sportangebote, Sitzplätze, Pflanzaktionen und Yoga vorgese-

Fortsetzung Seite 2

Wird wieder Bürgerservice kaputtgespart?

Es ist eine Binsenwahrheit, dass jeder Euro nur ein Mal ausgegeben werden kann. Da ist es schon interessant, wofür Land, Region und der hannoversche Rat das Steuergeld der Bevölkerung einsetzen. Nach Vorgaben aus dem Niedersächsischen Innenministerium sollen in Hannover die sogenannten freiwilligen Leistungen für Vereine und Verbände, für Kultureinrichtungen und Beratungsstellen um 6 Millionen Euro gekürzt werden. Dass der städtische Haushalt mit Ausgaben in Höhe von 2,9 Milliarden Euro und neuen Schulden von 200 Millionen Euro damit entlastet wird, glaubt selbst Oberbürgermeister Onay nicht.

Wie wenig zimperlich die Niedersächsische Landesregierung selbst mit ihren eigenen Beschlüssen umgeht, verdeutlicht das nachfolgende Beispiel. In ihrem Koalitionsvertrag verkündeten SPD und Grüne vollmundig „Wir wollen den Verbraucherschutz ... stärken“. Jetzt haben sie allerdings bei der Verbraucherzentrale die Axt angesetzt: Über zwei Millionen Euro sollen dort weggenommen werden und ungefähr 20 Beschäftigten droht die Entlassung. Damit würde wieder ein Stück kommunaler Bürgerservice gestrichen.

Fortsetzung von Seite 1 RotGrüne Verkehrspolitik in Hannover

hen. Ob den Anwohnern diese Art von Zwangsbespaßung zusagt, danach wurde vorsichtshalber nicht gefragt.

Angesichts des verregneten Sommers in Deutschland ist die Begründung für diese Probe-Fahrverbote geradezu lustig: Es geht darum, die Hitze in den „Häuser-schluchten“ der Nordstadt zu mildern. Offenbar haben die rotgrünen Klimaspezialisten Hannovers Nordstadt mit New York verwechselt. Frau Deja, für die Grünen im Bezirksrat, lässt die Katze aus dem Sack: Treibendes Motiv für die „Autoarme Woche“ sei die „Klimakatastrophe“. Mit diesem Schreckgespenst im Hintergrund ist jede Schikane erlaubt, darf jeder Verzicht und jede Einschränkung in der persönlichen Lebensweise verlangt werden. Oder?

Ministerpräsident Weil 2021: „Niedersachsen soll auch in Zukunft ein Autoland sein.“ Das ist rotgrüne Logik: Autos wollen wir bauen, Arbeitsplätze sichern, na klar! Nur benutzen soll sie keiner! Mal kurz für RotGrün zum Nachdenken:

Wir sehen hier einmal von den „Schönen und Reichen“ und auch von den wirklich Wohlhabenden ab, die sich neben dem SUV und dem schnellen Wagen für die Autobahn auch noch ein E-Mobil zur Erleichterung ihres Gewissens leisten können.

- Der Weg vom Wohnort zur Arbeitstätte ist für viele Werktätige ohne Auto gar nicht zu bewältigen, weil der öffentliche Nahverkehr außerhalb des Stadtgebiets vielerorts unzureichend ist.
- Ja, die Familienkutsche ist vielfach unverzichtbar: Größere Einkäufe, die Kinder zum Sport bringen, Freunde und Verwandte besuchen, die eben nicht gleich um die Ecke wohnen etc.
- In vielen Berufen im Handwerk und Dienstleistungsbereich ist das Auto einfach ein unverzichtbares Arbeitsmittel.
- Viele Möglichkeiten für Freizeit und Erholung sind ohne Auto schlicht nicht nutzbar.
- Ja, auch das ist keine Schande: Gelegentlich das Fahrvergnügen genießen, wenn der Verkehr rollt. Ist ja eh eher selten.
- Automobilität, der Besitz eines Autos ist Ausdruck eines bescheidenen Massenwohlstands, den es zu verteidigen gilt! Allem Klimahorror und allen Verzichts predigten zum Trotz: Das Auto ist Bestandteil der heutigen Lebenskultur.

Nach Corona-Lockdown jetzt Klima-Notstand?

Als in Deutschland der nass-kalte Juli in den kaum wärmeren August übergang, gaben die Massenmedien vor lauter Klimahysterie jede realistische Berichterstattung auf. Doch wird die „extreme Hitzewelle“ auch nicht wahrer, je öfter man Temperaturen von 40 Grad in Athen erwähnt oder die Wetterkarte ständig dunkelrot einfärbt und erklärt, es müsse unbedingt ein „Hitznotstand“ ausgerufen werden.

Der ehemalige Corona- und neue Klima-Experte Karl Lauterbach hatte schon 2020 prophezeit: „*Es können auch Einschränkungen der Freiheit sein, die indirekt kommen, indem zum Beispiel die Preise für bestimmte Dinge, die klimaschädlich sind, höher werden. (...)*“



Und ich würde es auch nicht für ausgeschlossen halten, dass wir in der Klimakrise in eine Situation kommen, wo wir das eine oder andere tatsächlich verbieten müssen.“ (Interview in der Welt v. 27.12.2020) Im Klartext verbergen sich dahinter Pläne, die Energiewende mit Brachialgewalt durchzusetzen und deren Kosten auf die Bevölkerung abzuwälzen, die individuelle Mobilität einzuschränken und den Menschen sogar vorzuschreiben, welche Nahrungsmittel sie zukünftig konsumieren sollen.

Folgerichtig hat die Bundesregierung im Juli das Klimaanpassungsgesetz (KANg) verabschiedet; bis 2025 sollen bundesweit sogenannte Hitzeaktionspläne er-

stellt werden. Das Bundesgesundheitsministerium gibt auf seiner Website schon einmal nützliche Hinweise, wie man dem Hitzetod entkommen kann:

1. Regelmäßig trinken, zwei bis drei Liter, auch wer keinen Durst verspürt, am besten Wasser

2. Anstrengungen vermeiden, vor allem zwischen 11 und 17 Uhr

3. Im Schatten bleiben. Direkte Sonneneinstrahlung verstärkt die Hitzebelastung

4. Wohnung kühl halten. Fenster schließen und verdunkeln. Auch aktives Kühlen hilft (z.B. mit feuchten Tüchern)

5. Leicht essen, mehrere kleine Mahlzeiten

Vor solchen politischen Schnellschüssen empfiehlt sich Sachkunde. So gibt es in der international renommierten medizinischen Fachzeitschrift „The Lancet“ v. 16.3.2023 eine ausführlich dokumentierte Studie über hitze- und kältebedingte Übersterblichkeit anhand von Daten aus 854 Städten in Europa. Danach gibt es jährlich ca. 20 000 Hitzetote und 200 000 Kältetote. In Deutschland sind es 3000 Hitzetote und 20 000 Kältetote; untersucht wurden dafür hierzulande 127 Städte. Die Klimapolitik läuft also vollkommen verkehrt. Statt im Winter die Raumtemperaturen abzusenken und Heizen massiv zu verteuern, müssten generell Heizkosten gesenkt und Wärmestuben z.B. für Wohnungslose eingerichtet werden. Statt Hitzeschutz benötigen wir Kälteschutz als gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Und apropos Extremwetter: Im so bezeichneten Jahrhundertsommer, im Jahr 2003, hatten wir hierzulande Temperaturen bis zu 37 Grad und im zweiten Jahrhundertsommer dieses Jahrhunderts, im Jahr 2018, hatten wir über 5 Monate eine Hitzeperiode mit Spitzenwerten um 39 Grad; das haben wir auch ohne Hitzeschutzplan überstanden.

Mehr zum Thema auf unsere Website: www.dkp-hannover.de

Seit 2014: Der Krieg der NATO gegen Russland

Dass der Ukraine-Konflikt nicht erst am 24. Februar 2022 begonnen hat, sondern bereits 2014 mit dem Maidan-Putsch in Kiew, bestreitet nicht einmal mehr die NATO. Ihr Generalsekretär Jens Stoltenberg hat auf Pressekonzferenzen und in Interviews im Jahr 2022 unumwunden zugegeben, dass die NATO seit 2014 sich auf diese militärische Auseinandersetzung vorbereitet hat: „Die NATO hat sich seit langem darauf vorbereitet, nicht dass wir erst am 24. Februar erkannt hätten, dass Russland gefährlich ist. Die Realität ist, dass wir uns seit 2014 darauf vorbereitet haben. ... Die NATO-Verbündeten unterstützen die Ukraine seit vielen Jahren, insbesondere seit 2014. ... Seit 2014 haben verbündete Länder die Ukraine mit Milliarden von Dollar unterstützt und Zehntausende von Soldaten, einschließlich Spezialeinheiten, ausgebildet.“

Der ukrainische Präsident Selensky hat ganz in diesem Sinne am 4. Oktober 2022 mit einem Erlass jegliche Verhandlungen mit Russland verboten und damit den diplomatischen Weg zur Lösung des Konfliktes verbaut. Die NATO hatte keine Einwände dagegen. Wenn die deutsche Außenministerin Baerbock oder die EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen oder der deutsche Verteidigungsminister Pistorius uns weismachen wollen, dass dort in der Ukraine und im fernen Donbass unsere Freiheit verteidigt wird, ist das genauso eine Lüge wie vor 20 Jahren, als der damalige Verteidigungsminister Struck unsere Freiheit in Afghanistan am Hindukusch verteidigen wollte. Wie das ausgegangen ist, wissen wir. Wie das Ukraine-Abenteuer ausgeht, kann man erahnen, wenn man Lehren aus der Geschichte zieht. Im Jahr 1942 standen Tiger-Wehrmachtspanzer der Hitler-Armee in der südrussischen Steppe, wo heute Leopard-Bundeswehrpanzer stehen. Anfang 2022 lieferte Deutschland Stahlhelme für

die ukrainischen Streitkräfte, dann Panzerabwehrraketen, danach Panzerhaubitzen, Marder-Schützenpanzer und Gepard-Flakpanzer, dann Mehrfachraketenwerfer MARS und das Raketensystem Patriot, schließlich Leopard-Kampfpanzer. Was kommt danach? Taurus-Raketen mit militärischem Bedienpersonal und Bundeswehrsoldaten zu deren Schutz? Nach eigenen Angaben der Bundesregierung wurde bisher Kriegsgerät im Wert von 7,4 Milliarden Euro geliefert.

Mit den Waffenlieferungen verstößt die Bundesregierung gegen das deutsche Kriegswaffenkontrollgesetz, das Lieferungen in Kriegsgebiete nicht erlaubt. Genauso verstößt die Bundesregierung mit den Wirtschaftssanktionen gegen das Völkerrecht. Nur der UN-Sicherheitsrat darf nach der UN-Charta solche Sanktionen verhängen. Die Bundesregierung verstößt auch noch in anderer Hinsicht gegen internationales Recht. Nachdem die USA der Ukraine international geächtete Streubomben geliefert haben, hätte die Bundesregierung dagegen Protest einlegen müssen. Sie hat nämlich das „Oslo-Übereinkommen“ von 2010 gegen Streumunition unterschrieben. Damit hat sie sich verpflichtet, alle Staaten, die das Abkommen nicht unterschrieben haben – in diesem Fall die USA und die Ukraine – vom Einsatz von Streubomben abzubringen; so steht es in Artikel 12 des Abkommens. Stattdessen schweigt sie gegenüber den USA und der Ukraine. Welch erbärmliches Schauspiel!

Wir fordern:

Keine Unterstützung für das Regime in Kiew!

Keine weiteren Waffenlieferungen an die Ukraine!

Keine Sanktionen gegen Russland!

Keine 100-Milliarden Kriegskredite für die Aufrüstung der Bundeswehr für zukünftige Kriege!

Aufrüstung um jeden Preis

Die Aufstellung des Bundeshaushaltes für das Jahr 2024 hat begonnen. Wie immer wird bei nahezu allen Ministerien gespart, damit das Verteidigungsministerium zusätzliche Gelder erhalten kann: Erstmals soll 2024 die NATO-Vorgabe von 2% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) für Militärausgaben erreicht werden. Für das Jahr 2024 rechnet die Bundesregierung mit einem BIP von 3.800 Milliarden oder 3,8 Billionen Euro; davon 2% wären ca. 75 Milliarden Euro. Ohne die Kosten für die militärische Unterstützung des Ukraine-Krieges, die noch einmal in Höhe von mindestens einer Milliarde Euro eingeplant sind.

Das bedeutet eine Erhöhung der offiziellen Militärausgaben auf 71 Milliarden Euro (52 Milliarden im regulären Haushalt und 19 Milliarden aus den 100-Milliarden-Kriegskrediten). Bedeutet zweitens: Bei einem geplanten Gesamthaushalt von 446 Milliarden Euro im Jahr

2024 ist das ein Rekordanteil von 16 %. Das ist der zweitgrößte Einzelhaushalt. Zum Vergleich: Die Gelder für die Ministerien, die für die Lebensqualität der Bevölkerung zuständig sind wie Bildung, Gesundheit, Umwelt, Jugend u. Familie und Wohnen werden um 7 Milliarden Euro gekürzt und kommen zusammen auf rund 60 Milliarden Euro, also noch 10 Milliarden weniger als das Militär.



Die „Zeitenwende“ des Ampelregimes bedeutet nicht nur den weiteren Abbau des Sozialstaates, sondern auch die Unterordnung nationaler Interessen unter den US- und NATO-Kriegskurs. Gewerkschaften, Sozialverbände und die Friedens-

bewegung müssen sich strikt gegen Waffenlieferungen für das Kiewer Regime, gegen den Kriegskurs der NATO, gegen die schädlichen Wirtschaftssanktionen und gegen die militärische Aufrüstung Deutschlands stellen.

Unser Menü im September: Pochierter Fisch im Gemüsebett

Für 4 Personen
schnell und einfach
für jeden Fisch
(Zubereitung im Ofen)

Produktionsmittel:

Fischfilet: 1 kg
Staudensellerie: 1 Staude
Kartoffeln: ½ kg
Suppengrün: 1 Bund
Petersilie: ½ Bund
Knoblauch: 2 Zehen
Zitrone: 1/2
(Oliven-)Öl: ca. 50ml
Salz, Pfeffer

Zubereitung:

1. Den Fisch säubern.
 2. Das Gemüse putzen und in Würfel schneiden.
 3. Petersilie und Knoblauch fein schneiden.
 4. Das Gemüse in eine ofenfeste Form geben und mit der in Scheiben geschnittenen Zitrone, dem Knoblauch, der Petersilie und dem Öl gut durchrühren. Mit Salz und Pfeffer abschmecken.
 5. Den Fisch mit Salz und Pfeffer würzen und auf dem Gemüsebett verteilen.
 6. Das Ganze bei ca. 200 Grad 30 Minuten im Ofen garen.
- Fertig!

Die DKP Hannover wünscht gutes Gelingen und einen **guten Appetit!**

UZ - Unsere Zeit

UZ-Die Wochenzeitung der DKP abonnieren:

Print-Ausgabe: 14 Euro/Monat
Online-Abo: 10 Euro/Monat

Bestellung:

Compress-Verlag GmbH, Hoffnungstr. 18, 45127 Essen
E-Mail: info@unsere-zeit.de

Termine DKP Hannover

**Stadtteilgruppe
Linden
nächste Treffen:
Montag,
11.9. u. 9.10.
19.00 Uhr
DKP Kreisbüro
Göttinger Str. 58**

**Stadtteilgruppe
Mitte
nächste Treffen:
Montag,
25.9. u. 30.10.
19.00 Uhr
DKP Kreisbüro
Göttinger Str. 58**